

Privat- und Staatseigentum an den Unternehmungen. Der Zusammenbruch des sogenannten „realen Sozialismus“ in Osteuropa hat nur bestätigt, was schon seit längerer Zeit erkennbar war, nämlich daß die Marktwirtschaft einer staatlichen Planwirtschaft an Leistungsfähigkeit weit überlegen ist und daß Dynamik und Effizienz einer Wirtschaft von den privaten Unternehmungen ihre entscheidenden Impulse erhält. Kienzl geht in diesem Zusammenhang auch auf die Schwäche der eigenen Vorstellungen über die Rolle gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen ein: „Wenn man die Forderungen und Erwartungen, die an die Gemeinwirtschaft gerichtet wurden und die man in sie setzte, mit den Entwicklungen in den späten siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre vergleicht, muß man wohl ehrlicherweise bekennen, daß die übertriebenen Erwartungen, die man in die Gemeinwirtschaft setzte, zu vielen Fehlentwicklungen, die die Gemeinwirtschaft vor allem in den achtziger Jahren in Bedrängnis brachten, führten. Betriebliche Mehrleistungen auf lohn- und sozialpolitischem Gebiet, Widerstand der Betriebsvertretungen gegen notwendige Anpassung an geänderte wirtschaftliche Bedingungen und nicht zuletzt ein Management, das auch lieber den bequemen Weg der Intervention bei den Landes- und Bundespolitikern statt der mühsamen Anpassung, allenfalls mit Konflikten mit der Belegschaft, wählte, haben die Gemeinwirtschaft weit mehr abgewertet als es, gemessen an ihren Zukunftsaufgaben, gerechtfertigt ist. Da aber der ÖGB klugerweise der Gemeinwirtschaft bei weitem nicht jene Bedeutung zugemessen hat, die manche anti-kapitalistische Schwärmer ihr zumessen wollen, ist er – wenn man das bildlich so ausdrücken kann – ein wenig gestolpert, aber nicht hingefallen.“ (S. 23 f.)

Andererseits warnt der Autor auch vor einer totalen Staatsfeindlichkeit der Wirtschaftspolitik, zu der das Pen-

del derzeit vor allem in den ehemaligen Ostblockstaaten auszuschlagen droht. Wenn der Staat die ihm zukommenden Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik in Bereichen wie Infrastruktur und soziale Sicherheit nicht aktiv wahrnimmt, so sind davon ebenso nachteilige Auswirkungen zu erwarten wie von einer überzogenen Staatsintervention.

Eingehend setzt sich Kienzl mit der Bedeutung von Verbänden und Sozialpartnerschaft für die Wirtschaftspolitik und vor allem mit der Kritik von rechts und links an ihrer Wirkungsweise auseinander. Er schreibt jenen Einrichtungen, die er selbst mitgeschaffen oder mitgeprägt hat, nicht nur eine entscheidende Rolle bei der Erhaltung der Preisstabilität und indirekt damit auch des hohen Beschäftigungsniveaus in den schwierigen siebziger und achtziger Jahren zu, sondern zeigt auch anhand von Meinungsumfragen ihre ungebrochene Akzeptanz auf, die er in der betrieblichen Kooperation und auch in der österreichischen Mentalität verankert sieht. „Manche Kritiker finden, daß die Österreicher eine Konfliktscheu hätten, und daß diese Konfliktscheu eine Frucht der schlimmen Erfahrungen der Ersten Republik sei, als eigentlich dauernd Bürgerkrieg herrschte und sich die politischen Lager als Todfeinde sahen. Sie handelten von Zeit zu Zeit wie Todfeinde, man denke nur an den Aufstand des Schutzbundes, den Aufstand der Nationalsozialisten, beides im Jahre 1934, und natürlich auch an die bürgerkriegsähnlichen Zustände in den zwanziger Jahren und den Terror der austrofaschistischen Regierungen.“

Nun ist es nicht Aufgabe der politischen Parteien, und noch weniger der Interessenvertretungen, durch Stellungskämpfe oder Offensiven der Journalistik Schlagzeilen und den politologischen Lehrstühlen Forschungsmaterial und Themen für Dissertationen zu liefern. Jedenfalls hat die Erfahrung in der Zweiten Republik und